Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

114. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe, monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 9.20. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatl. M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50, Morgen-Ausgabe M. 5.—, Abend-Ausgabe M. 2.50, Sonntags-Ausgabe M. 1.— monatlich (ausschließlich Postbestellgebühr). Auslandsbezugspreis: monatl. M. 18.— s. Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 40 Pf., Abend-Ausgabe 30 Pf. Sonntags-Ausgabe 50 Pf.

Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

Anzeigenpreis: für Groß-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.25, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. ausw. M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Rab. und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagengebühr für die Gesamtauflage das Tausend Mk. 12.— netto, für Teilauflage das Tausend Mk. 15.— netto, für Postaufl. Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694. — Telegrammadresse: Tageblatt Leipzig. Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 232 — Freitag, den 21. Mai — 1920

Beginn der Wirtschaftsberatungen in Paris

Paris, 20. Mai. (Drahtbericht.) Die französisch-deutsche Wirtschaftskonferenz beginnt heute unter dem Vorsitz des Handelsministers Isaac, des ehemaligen Präsidenten der Lyoner Handelskammer. Der französische Ministerpräsident ist durch Unterdirektor Seydoux vertreten. Delegierte aus den verschiedensten Industriezweigen sind erschienen. Der Präsident der deutschen Kommission, Geschäftsträger Dr. Mayer, hat folgende Erklärung über den Zweck der Konferenz abgegeben:

„Wir wünschen eine Grundlage für das Zusammenwirken der beiden Länder zu finden. Während der letzten 5 Jahre sind unermeßliche Industriewerte vernichtet worden. Außerdem hat durch den Achtstundentag, der in Wirklichkeit nur ein Sechsstundentag ist, die tägliche Produktion eine ungeheure Verminderung erlitten. Was die deutsche Konkurrenz anbelangt, so ist sie nicht vorhanden. Nur ein enges Zusammenwirken zwischen Frankreich, dem Lande der Rohstoffe, und Deutschland, dem Lande der Verarbeitung, und ein fortdauernder Austausch der Erzeugnisse kann gegenseitig die Situation verbessern. Auf diese Weise könnte von beiden Ländern Großes geleistet werden. Ich glaube, daß von den französischen Delegierten die Verhandlungen in diesem Sinne geführt werden."

Der „Matin" bemerkt, die deutsch-französische Konferenz habe keinesfalls zum Ziele, über die Friedensklauseln zu sprechen oder sie gar abzuändern; sie habe vielmehr ausschließlich praktischen Wert für den Handel zwischen Deutschland und Frankreich.

Paris, 20. Mai. (Drahtbericht.) **Vom 14. Mai bis heute hat hier eine Zusammenkunft technischer Delegierter der deutschen, französischen und belgischen Eisenbahnverwaltungen im Ministerium des Aeußern unter dem Vorsitze des Chefs der handelspolitischen Abteilung im französischen Außenministerium stattgefunden.** An der Spitze der deutschen Delegation stand Botschaftsrat Graf Wedel.

Abberufung der deutschen Grenzkommission für das Saargebiet

Berlin, 20. Mai. (Drahtbericht.) Die Regierung hat, wie die Abendblätter melden, den deutschen Kommissar in der Grenzfestsetzungskommission für das Saargebiet Oberst von Tylander angewiesen, seine Mitarbeit an den Arbeiten der Kommission bis auf weiteres einzustellen, da die Kommission auf Antrag des französischen Mitgliedes entgegen dem Friedensvertrage beschließen sollte, über die Verwaltungsgrenzen hinausgehende weitere Gebiete in das Saargebiet einzubeziehen.

Streik in der pfälzer Ueberlandzentrale

Berlin, 20. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Seit gestern mittag 12 Uhr ist die ganze Rheinpfalz ohne Licht und Strom. **Die Ursache ist darin zu suchen, daß die Arbeiter der pfälzischen Ueberlandzentrale gestern mittag plötzlich wegen Lohndifferenzen die Arbeit niederlegten. Verhandlungen wurden eingeleitet, sie haben aber bisher noch zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Sämtliche gewerbliche Betriebe in der Rheinpfalz sowie auch die Straßenbahnen sind zur Stillegung gezwungen.**

Blutige Zusammenstöße in Hamburg

Hamburg, 20. Mai. (Drahtbericht.) Bei einer Straßenkundgebung Arbeitsloser und Ausgesperrter kam es in der Kaiser-Wilhelm-Straße zu einem Zusammenstoß mit Polizei und Sicherheitswehr, bei dem 3 Personen getötet und 10 verwundet wurden.

Interpellationen

Ein kritischer Beschluß

h. **Berlin**, 20. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Man hatte gehofft daß der Protest gegen die Verwendung farbiger Truppen in den besetzten Gebieten die Nationalversammlung noch einmal vor ihrem Auseinandergehen zu einer einmütigen und würdigen Kundgebung vereinigen würde. Es ist ein Erfolg der Frau Zietz, auf den sie und ihre Partei nicht lange stolz sein werden, daß sie diese Kundgebung zu einer unwürdigen und widerlichen Szene zu gestalten versucht hat. Nach einer kurzen, eindrucksvollen Begründung des Notschreies durch die Mehrheitssozialistin, Frau Röhl, gab der Minister des Auswärtigen, Dr. Köster, eine von starkem ethischen und nationalen Sinn getragene Antwort, die ihren Eindruck auf das Ausland nicht verfehlen wird und dazu beitragen muß, an dem erwachenden Gewissen der Völker auf das energischste zu rütteln. Nicht minder ist diese Kundgebung geeignet, die Bewohnerschaft der besetzten Gebiete aufzurichten in der Erkenntnis, daß das gesamte deutsche Volk mit ihnen fühlt. Ueber diesen Eindruck einen Kübel Jauche zu gießen, war das dringende, nur noch pathologisch zu verstehende Verdienst der Dame Zietz. Ihrem Herzen ist der senegalesische Sittlichkeitsverbrecher näher als Leid und Schmerz deutscher Frauen und Männer. Ihrer „internationalen Gesinnung" fehlt jedes Gefühl dafür, wie Haß und Erbitterung gesät werden müssen durch das französische System der Demütigung Deutschlands. Es war eine Viertelstunde von sehr beschämender und abstoßender Häßlichkeit, wie selbst Frau Zietz sie der Nationalversammlung selten aufgenötigt hat. Die Antwort ließ erfreulicherweise nicht auf sich warten, und sie kam von allen Seiten mit erfrischender Deutlichkeit.

Ohne Aussprache nahm das Haus die Antwort des Außenministers auf die Interpellation über die Maßnahmen der schleswigschen Kommission entgegen. Der Minister verteidigte lebhaft die Tätigkeit und die Erfolge der deutschen Mitglieder der Kommission und verbürgte sich für volles Einsetzen aller Kräfte im Interesse der Nordmark. Dann folgte die demokratische Interpellation über die Vergewaltigung der deutschsprechenden Bevölkerung in den an Polen abzutretenden Gebieten. Auch diese Interpellation wurde durch Beantwortung durch den Außenminister ohne Aussprache erledigt, ebenso eine Interpellation über die Zustände in Eupen und Malmedy.

Dann gab es eine kurze, aber sehr erregte Szene, als die Interpellation der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei über die Feier des 1. Mai zur Verhandlung kommen sollte. Reichsarbeitsminister Schlicke zeigte, daß er aus der Opposition der Rechten gelernt hat, und erklärte, daß die Regierung zur Beantwortung der Interpellation in der vorgeschriebenen Zeit bereit wäre. Es folgte die sozialdemokratische Interpellation über die Aufhebung des Belagerungszustandes. Der unabhängige Sprecher, Henke, sah sich dadurch, daß eine Anzahl Mehrheitssozialisten die Interpellation mit unterzeichnet haben, zu einer gewissen Zurückhaltung genötigt, ließ es aber an scharfen Worten gegen die Regierung nicht fehlen. Reichsminister des Innern Koch stellte in einer kurzen Erwiderung fest, daß die Regierung zu ihrem Bedauern sich nicht in der Lage sehe, noch vor den Wahlen den Belagerungszustand im Reich überall aufzuheben. Nach ihren Informationen sei die Gefahr eines neuen Putsches von links als auch die eines neuen Anschlages von rechts nicht völlig gehoben. Es fänden aber im Laufe der kommenden Woche erneut Verhandlungen statt, in welchen Bayern sich eine Aufhebung des Ausnahmezustandes durchführen ließe. Nach kurzer Debatte führte die gute Besetzung der sozialistischen Bänke und die völlige Leere der bürgerlichen Sitze dennoch zur Annahme des Antrages. Dieser Zufallsbeschluß, der im Hause selbst zunächst gar nicht bemerkt wurde, da sich nur wenige Abgeordnete im Saale befanden und das Haus, wie sich nachher bei der Abstimmung über den Fall Braß erwies, überhaupt nicht beschlußfähig war, bedeutete trotzdem eine unangenehme Situation für das Kabinett, weil er durch eine der an der Koalition beteiligten Parteien herbeigeführt wurde. Der Reichskanzler wird morgen in der Nationalversammlung über diese Angelegenheit eine Erklärung abgeben, nachdem die sozialdemokratische Fraktion grundsätzlich dazu Stellung genommen hat. Es war nicht anders zu erwarten, daß nach dieser Zufallsabstimmung allenthalben Gerüchte von einer zum mindesten partiellen Kabinettskrise auftauchten. Davon kann vorläufig keine Rede sein. Im Kabinett herrscht Uebereinstimmung dahin, daß der Ausnahmezustand soweit als möglich aufgehoben werden soll, und es waren ja bereits, wie der Reichskanzler in seiner Nürnberger Rede mitgeteilt hatte, Besprechungen darüber mit den süddeutschen Ministerpräsidenten gepflogen worden. Das Kabinett steht auf dem Standpunkt, in dem von der Nationalversammlung angenommenen Antrag nicht mehr als ein Ersuchen zu sehen, und daß diesem Ersuchen, soweit als nach seiner Auffassung tunlich erscheint, nachgekommen wird, wenn man auch nicht verkennen darf, daß es sich bei dem Ganzen mehr um eine politische als um eine juristische Frage handelt.

*

(Schluß des Berichts aus der gestrigen Abendausgabe.)

Die Besprechung der Interpellation wird beschlossen.

Abg. Frau Zietz (Unabh.): Wir verurteilen Sittlichkeitsverbrechen bei Farbigen wie bei den anderen. Ueberall, wo der Militarismus regiert, wird eben über solche Verbrechen geklagt. Wir haben in Frankreich ähnliche Dinge begangen. (Lebh. Pfuirufe, Schlußrufe. Glocke des Präsidenten.) Was haben sich unsere Soldaten in China zuschulden kommen lassen. (Der größte Teil der Rechten, des Zentrums und der Demokraten verläßt während der weiteren Ausführungen der Rednerin den Saal. Als die Rednerin auf die Judenhetze in deutschnationalen Versammlungen zu sprechen kommt, wird sie vom Präsidenten Fehrenbach ersucht, sich an die Tagesordnung zu halten.) Wenn die Schwarzen in der Kultur zurückgeblieben sind, ist es die Schuld der kapitalistischen Regierungen, auch der deutschen. Die deutsche Kolonisation ist nichts als eine Geschichte von Greueln, begangen an den Farbigen. (Präsident Fehrenbach ruft die Rednerin zur Ordnung.) Wir brauchen eine getreue Erfüllung des Friedensvertrages und eine Einigung mit der Entente, aber keine Schürung des Rassenhasses.

Abg. Frau Mende (Dt. Vp.): Nach dem, was wir hörten, kann Frau Zietz unmöglich Vertreterin des deutschen Volksempfindens genannt werden. Den Schwarzen geben wir keine Schuld, sondern den Kulturnationen, die sie uns geschickt haben. Wie irgend ein Mensch ein Wort der Verteidigung dieser Zustände im besetzten Gebiet haben kann, ist mir unklar. Der Friedensvertrag macht uns eine Abwehr unmöglich und so bleibt uns nur der Appell an die ganze Welt. Hier wäre ein **Standpunkt, auf den sich alle deutschen Männer und Frauen stellen**

Erste Tagung der Wasserwirtschaftlichen Vereinigung für Mittel- und Süddeutschland

Die Tagung begann, wie uns aus Weimar, dem Versammlungsort, geschrieben wird, am 17. Mai im Handelskammergebäude. Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann-Braunschweig berichtete zunächst über den Zweck und die Aufgaben der Vereinigung. Als Hauptzweck bezeichnete er die Zusammenfassung der innerlich zusammengehörigen, aber jetzt vereinzelten wasserwirtschaftlichen Pläne zwischen Rhein, Elbe, Donau und einem einheitlichen und großzügigen, dem Reichswasserstraßenplan sich einfügenden Wasserwirtschaftsplan. Als Aufgaben der Vereinigung gelten: Aufstellung eines großzügigen mittel- und süddeutschen Kanal- und Talsperrenplanes im Rahmen eines Reichswasserstraßenplanes, gegenseitige Förderung der technischen und wirtschaftlichen Bearbeitung der einzelnen Projekte und schließlich Aufklärung der Oeffentlichkeit über die wirtschaftliche Bedeutung der Pläne sowie gegenseitige Unterstützung und wirksame Vertretung bei Durchsetzung der Kanal- und Talsperrenpläne. Für den Zusammenschluß zu gemeinsamer Arbeit und zu einem einzigen Verband kommen folgende Einzelverbände in Betracht: 1. Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harze zu Braunschweig, 2. Werra-Kanal-Verein in Minden, 3. Bremer Kanalverein in Bremen, 4. Bayrischer Kanalverein in Nürnberg, 5. Preußische Elster—Saale-Kanalgesellschaft in Merseburg, 6. Leipziger Kanalgesellschaft in Leipzig, 7. Ausschuß für Saale-Kanalisierung und den Elster—Saale-Kanal in Leipzig, 8. Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie des Mittellandkanals in Braunschweig. Die sämtlichen Verbände schließen sich heute zu der „Wasserwirtschaftlichen Vereinigung für Mittel- und Süddeutschland" zusammen. Sitz der neuen großen Vereinigung ist Weimar.

Am 18. Mai vormittags fand die erste Sitzung des neuen Verbandes statt. Den Vorsitz führte Geheimrat Dr. Stegemann-Braunschweig, der darauf hinwies, daß 10 Regierungen, 16 Staats- und Provinzialbehörden, 20 Handelskammern, 10 Verbände und 28 Städte vertreten seien. Unter den letzteren seien genannt: Erfurt, Kassel, Eisenach, Gotha, Naumburg, Gera, Meiningen, Hildburghausen, Ilmenau, Rudolstadt, Halle, Altenburg, Leipzig, Nürnberg, Jena usw. Der Vorsitzende erinnerte daran, daß auch Frankreich sofort nach seinem letzten unglücklichen Kriege an den Ausbau seines Kanalnetzes gegangen sei, und was dieses Land damals konnte, werden wir heute trotz aller Nöte auch können. (Bravo!) Nachdem Staatsminister Baudert-Weimar die Versammlung namens der Regierung des Landes Thüringen begrüßt und die Unterstützung der Pläne durch letztere zugesagt und Stadtrat Engelking in gleichem Sinne für die Stadt Weimar gesprochen hatte, wurde in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten. Zunächst sprach Syndikus Dr. Rausch-Dessau über den

Mittellandkanal und seine Bedeutung für das mitteldeutsche Industriegebiet.

Darüber, welchen Weg dieses Verbindungsstück zwischen dem bereits vorhandenen westlichen und östlichen Binnenschiffahrtsnetz nehmen soll, gehen die Meinungen noch auseinander. Die neben dem Durchgangsverkehr nach Berlin auch den Durchgangsverkehr nach Leipzig berücksichtigende Linie hat den weiteren Vorzug, daß sie, im Gegensatz zur Mittellinie, die industriereichen Vorlande des Harzes durchschneidet. Die Interessenten Mitteldeutschlands haben früher ihren Vorteil zu wenig wahrgenommen. Eine Erschließung dieses ungeheuer reichen Industriegebietes schließt eine Schädigung des Westens vollkommen aus. Besonders interessiert an dem Projekt sind Sachsen und die Kaligebiete der Tschecho-Slowakei. Die Südlinie ist obendrein berufen, in sich die verschiedensten Interessengebiete und -pläne zu vereinigen. Die Ausführungen des Berichterstatters fanden schließlich ihren Niederschlag in einer Resolution, welche einstimmig angenommen wurde:

„Die Wasserwirtschaftliche Vereinigung für Mittel- und Süddeutschland, zu der sich führende Verbände zur Förderung der Wasserwirtschaft und des Wasserstraßenverkehrs in Mittel- und Süddeutschland am 18. Mai 1920 in Weimar zusammengeschlossen haben, nehmen zur Frage des Mittellandkanals folgende Stellung ein:

1. das mitteldeutsche Industriegebiet muß unter allen Umständen gleichzeitig mit der Vollendung des Mittellandkanals Anschluß an diesen erhalten;

2. die Frage des Mittellandkanals ist nicht eine rein praktische Angelegenheit, sondern eine solche der deutschen Volkswirtschaft;

3. da die deutschen Wasserstraßen nach der Reichsverfassung spätestens am 1. April 1921 auf das Reich übergehen und schon am 1. Oktober 1920 eine Verständigung darüber mit dem Reich zu erfolgen hat, so ist Preußen gar nicht mehr in der Lage, den Kanal selbst zu finanzieren und zu bauen; das Reich kann allein das Projekt zur Ausführung bringen. Demgemäß gehört die Mittellandkanalvorlage nicht mehr vor den preußischen Landtag, sondern vor den Reichsrat und den Reichstag, die über das Gesamtprojekt und die endgültig zu wählende Linienführung eine Entscheidung zu treffen haben."

Alsdann sprach Oberbürgermeister Dr. Becker-Minden über den Werra—Main-Kanal, der nach seinen Ausführungen für die Gesamtwirtschaft Thüringens von besonderer Bedeutung ist und Thüringen gleichzeitig an den Nord-Süd-Verkehr anschließen soll; seine Freunde rekrutieren sich hauptsächlich aus den Industriellen des Werragebietes und den Weserschiffahrtsinteressenten. — Staatsrat Wilharm sagte die Mitarbeit und Bewilligung von Mitteln seitens der gothaischen bzw. thüringischen Regierung zu. Minister Antrik-Braunschweig sprach namens seiner Regierung warm für dieses Projekt, ebenso der Vorsitzende des Kanalvereins in Meiningen Kaufmann Waldeck. Es sprachen des weiteren Stadtbaurat Förster-Weißenfels über die

Kanalisierung der oberen Saale

und Syndikus Dr. Uhlig-Leipzig über die

Wasserstraßenverbindung zwischen Saale und Werra.

Das Südlinienprojekt sieht den Ausbau der Saale für 600-Tonnen-Schiffe sowie im Anschluß daran den oberhalb Merseburgs nach Leipzig abzweigenden Saale-Elster-Kanal, durch welchen eine direkte Verbindung Rheinland-Westfalens auch mit dem sächsisch-thüringischen Industriegebiet geschaffen wird, vor. Es rechnet für später auch mit der Möglichkeit einer weiteren Verbesserung des Saalefahrwassers bis Naumburg und mit einem Zweigkanal im Gebiet der Unstrut. Das sogen. Rhedersche Projekt erstrebt im Anschluß an den Verbindungskanal zur Saale gleichfalls einen Anschluß des sächsisch-thüringischen Industriegebiets. In der Nähe von Halle würde ein Stichkanal nach Leipzig abzweigen. Auch die Handelskammer Erfurt beteiligt sich an den Projekten, indem sie 1. eine direkte Linie von Merseburg anschließend an den Elster-Saale-Kanal durch das Braunkohlengebiet westlich der Bahnlinie Halle-Weißenfels oder 2. von Merseburg Saale aufwärts bis Naumburg a. S., von dort durch die Unstrut über Bitzenburg nach Artern, Sömmerda, Straußfurt nach Erfurt plant. Von Artern aus soll durch einen Stichkanal Nordhausen und das Südharzer Gebiet angeschlossen werden. — In einer Schlußsitzung am 15. Mai vormittags wurden dann noch Aufschlüsse über die Talsperren im Werragebiet (Dr. Wolf-Eisenach), der oberen Saale (Reg.-Baumeister Salfeld-Saalfeld) und des Harzes (Baurat Nagel-Braunschweig) gegeben. Für den Harz liegen bereits eine ganze Reihe von durchgearbeiteten Talsperrenprojekten vor. In den Flußgebieten der Leine, Oker und Bode sind für den ersten Ausbau insgesamt 9 Talsperren vorgesehen. Größeren Umfanges noch sind die in den Quellengebieten der Werra und Fulda geplanten Thüringer Talsperren. In Aussicht genommen sind im Werragebiet 5 Talsperren mit einem Rauminhalt von 280 Millionen Kubikmeter, im Fuldagebiet 3 mit 280 Millionen Kubikmeter und im Maingebiet 1 mit 40 Millionen Kubikmeter. Im oberen Saaletal schließlich sind 1—2 Sperren von gewaltigen Dimensionen — 500 bis 600 Millionen Kubikmeter Rauminhalt — geplant.

Auf Anregung des Oberbürgermeisters der Stadt Eisenach, Dr. Janson, wurde schließlich folgende bedeutsame Resolution einstimmig angenommen:

„Bei der bereits eingetretenen und in größerem Umfange noch bevorstehenden Arbeitslosigkeit bedeutet es eine große Ersparnis an Geldaufwand, wenn die zur Erwerbslosenunterstützung erforderlichen Summen für die Herstellung der Talsperren und Kanalprojekte im Tätigkeitsgebiet der Vereinigung verwendet werden, sobald diese Projekte zur Ausbaureife gediehen sind. Die Vereinigung hält es für dringend nötig, daß schleunigst mit der Ausführung solcher Projekte begonnen wird. Auch die übrigen bauwürdigen Projekte sind unter diesem Gesichtspunkt schleunigst soweit in ihren Vorarbeiten zu fördern, daß dieser Bau baldigst in Angriff genommen werden kann. Um den Arbeitern eine Zerreißung ihres Hausstandes zu ersparen, sind hierbei diejenigen Projekte als Projektteile in erster Reihe zu berücksichtigen, welche in der Nähe größerer Städte mit besonders erheblicher Arbeitslosigkeit liegen."

Nach einigen Abschiedsworten wurde die Tagung geschlossen. Die nächstjährige (zweite) Tagung des neuen Verbandes wird in Eisenach stattfinden.